



## Am 23. Februar wird gewählt ...

Liebe NaturFreunde, Ende des vergangenen Jahres zerbricht die Regierungskoalition der SPD, der Grünen und der FDP. Nun finden am 23. Februar die vorgezogenen Neuwahlen statt.

Während die letzten vier Jahre von verschiedenen Krisen geprägt waren, stehen wir als Gesellschaft auch heute an einem Punkt, an dem sich viele schlecht geführt fühlen und mit Sorge auf eine orientierungslos wirkende Politik blicken. Eine Zeit der großen Fragen des Zusammenlebens. Eine Zeit nachdrücklicher Erwartungen der Gesellschaft an die Politik, bei zeitgleich wachsender Vertrauenskluft.

Wie vor jeder Bundestagswahl, läuft der Wahlkampf der Parteien auf Hochtouren, um die Wähler von ihren Antworten zu überzeugen. Teile dieser Parteien machen große Versprechen: Es soll gewaltige Steuersenkungen und sichere Grenzen geben. Das Klima soll durch innovative Technologien geret-

tet und die Freiheit des Einzelnen unbedingt geschützt werden.

Doch hinter vielen dieser einfachen Antworten und schönen Versprechungen stecken die Lockrufe gefährlichen Neoliberalismus und der Rückkehr zu nationalistischer Abschottung. Pläne, die letztlich darauf abzielen, dass Minderheiten wie Migranten und Arbeitslose zu Feindbildern gemacht und die Reichen reicher werden, der Sozialstaat abgebaut und die Demokratie geschwächt wird.

Für uns NaturFreunde sollte klar sein, dass die Antworten, auf die Fragen unserer Zeit andere sein müssen. Die Wahrung unserer natürlichen Umwelt, die Sicherung und Gestaltung zukünftiger Demokratie und ein möglichst gutes Leben für alle. Diese Ziele erreichen wir nicht mit einer Politik, die an endlosem Wirtschaftswachstum festhält, gegen Minderheiten hetzt und die Soziale Frage mit, „*jeder ist sich selbst der Nächste*“ beantwortet.



Quelle: AFDnee.de

Diese Ziele erreichen wir nur mit einer Politik, die gesund für den Planeten und den Menschen wirtschaftet, die Schwachen schützt und die darauf setzt nicht nur einzelne, sondern alle zu bemächtigen.

Auch wenn wir uns in einer krisenhaften Zeit befinden, in der viele von uns zu Recht enttäuscht von der Politik der vergangenen Jahre sind und vielleicht alles andere als optimistisch in die Zukunft blicken. Wir müssen uns für unsere Anliegen einsetzen – das macht Demokratie aus, und nur das kann uns weiterbringen.

*Unsere Stimmen gewinnen an Gewicht, je lauter die der falschen Zungen werden – deswegen sollten wir uns als NaturFreunde äußern, ob bei der Arbeit, in der Uni, im Internet, am Esstisch, auf der Straße oder in der Wahlkabine – unsere Demokratie braucht jeden von uns.*

Niklass Lewandowski





## Klimawandel leugnen - NEE

Donald Trump setzt als eine der ersten Amtshandlungen kriminelle Rechtsradikale auf freien Fuß und kündigt das internationale Klimaabkommen auf, sein Freund Elon Musk zeigt demonstrativ einen angedeuteten Hitlergruß und unterstützt die AFD. Diese leugnet den Klimawandel und deren Wunschkanzlerin will alle Windkraftanlagen abreißen, dafür neuen Atommüll produzieren, ohne sagen zu können, wie wir diesen über Jahrtausende sicher lagern können.

deutlich. Ausnahmen finden sich immer, verschaffen sie sich doch dadurch große Aufmerksamkeit bei allen, die sich dieser Verantwortung nicht stellen wollen. Im Ergebnis trägt jedoch eine Politik à la Trump nicht zu einer „Befreiung“ bei, sondern sie befeuert die Katastrophe. Mit der Folge, dass je später wir mit Klimaschutzmaßnahmen beginnen, desto drastischer die zukünftigen Schritte hierfür sein müssen. Wer sich heute die Freiheit nimmt, die Umwelt über die Maße zu strapazieren, macht es auf Kosten der zukünftigen Generationen. Diese müssen sich später umso mehr einschränken, je weniger wir es heute tun.

Das hat 2021 selbst das Bundesverfassungsgericht erkannt und aufgrund des Schutzes der Freiheit von jungen Menschen, hat es eine Nachbesserung des Klimaschutzgesetzes verlangt.

Wir NaturFreunde wollen uns dieser Verantwortung bewusst sein. Hier zeichnet sich ein Grundgedanke der Klimagerechtigkeit wieder. Wir können zwar genauso nicht leugnen, dass unser persönliches Verhalten nicht immer in Einklang mit Klimaschutz zu bringen ist. Aber wir können positive Zeichen setzen, insbesondere als Verband. Statt den Klimawandel zu leugnen oder zu ignorieren, können wir beispielhaft Alternativen aufzeigen: Eine Freizeitgestaltung mit möglichst wenig CO2-Ausstoß. Allein das Wandern und die Natur dabei erleben sind nicht nur Tradition, sondern auch eine zukunftsweisende Beschäftigung, die ohne viel Konsum auskommt, dabei Erholung und Genuss verspricht. Wenn wir dann noch den Ausgangs- und Zielpunkt mit ÖPNV erreichen, können wir Vorbilder für andere sein, ohne dabei den moralischen Finger zu

erheben. Denn wir machen es, weil es uns Freude macht. Von Verzicht ist dann nicht die Rede, von Vernunft und Verantwortung schon eher. Und indem wir die Realität des Klimawandels anerkennen, können wir gemeinsam Lösungen finden, um die Herausforderungen zu bewältigen und eine nachhaltige Zukunft zu gestalten.



Deshalb: Am 23.02.25 den Leugner\*innen von Klimawandel nicht nachgeben, stattdessen jetzt und zukünftig politische Alternativen für Klimagerechtigkeit aufzeigen. Statt einer Rückkehr zur Atomenergie (die ja auch nicht klimaneutral ist) brauchen wir eine Politik, die klimagerechtes Verhalten fördert und ermöglicht.

*Volker Selent*

(er koordiniert die neu gegründete Fachgruppe Klimagerechtigkeit in unserem Landesverband).

Die Fachgruppe Klimagerechtigkeit trifft sich zum zweiten Mal ONLINE am 27. Februar 2025 um 19 Uhr. Jean Knödel-Keane wird dort das Klimapuzzle und Volker Selent die Spendenaktion für Mali vorstellen. Beim ersten Treffen im Januar wurden folgende Handlungsfelder identifiziert:

1. Wir stellen NaturFreunde-Touren in Niedersachsen auf Komoot ein,



## NaturFreunde-Lesebuch mit mehr als 75 Erinnerungen

- die wir mit ÖPNV anfahren können
2. Wir bieten Bildungsveranstaltungen für Ortsgruppen, Gliederungen oder extern an.
3. Wir tauschen uns über Inhalte aus, wie zum Beispiel Sharing-Modelle, Flächenverbrauch, nachhaltiges Bauen.
4. Wir erarbeiten bei Bedarf Stellungnahmen als Umweltverband, insbesondere zum Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen und zu Regionalplänen
5. Wir positionieren - über die Stellungnahmen hinaus - politische Inhalte für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit, vorrangig in Niedersachsen.
6. Wir machen auch Aktionen wie das Erstellen von Postkarten zum Beispiel „Klimawandel leugnen NEE“
7. Wir bringen die Spendenaktion für die Baumpflanzung in Mali in unseren Ortsgruppen voran.

Interessierte für die Fachgruppe wenden sich an:  
[volker.selent@nf-nds.de](mailto:volker.selent@nf-nds.de)



Zum 75. Jubiläum der Nienburger NaturFreunde hat die Ortsgruppe passend ein Lesebuch mit mehr als 75 Geschichten über bewegte Zeiten mit den NaturFreunden Nienburg herausgebracht. Vorstandssprecher Michael Schmidt hält fest: „Es ist ein Buch zum Reinschauen, sporadischen Lesen und um es zur Seite zu legen – und es dann wieder neu zu entdecken“.

Detlev Küfe als ehemaliger Nienburger hat das Buch jedoch gleich „non-stop“ mit großer Freude verschlungen. Er war Anfang der 70er Jahre Mitglied der Naturfreundejugend: „Eine starke Chronik eines starken Vereins, den ich mit der damals äußerst agilen Jugendgruppe nur wenige Jahre genossen habe.“

Neben zahlreichen Artikeln aus dem Archiv der NaturFreunde kommen über 50 Autorinnen und Autoren mit bisher nicht veröffentlichten Anekdoten und Erinnerungen vor. „Nachts ins Jungenzelt kriechen und feststellen, dass auch große Jungs noch am Dامن nuckeln.“

Wir erfahren hier etwas über die Gründung des Vereins, der auch eine Vorgeschichte in der Weimarer Republik hat, über Sportfeste der NaturFreunde in Nienburg mit mehr als 400 Teilnehmenden sowie einiges über die jüngsten Vereinsaktivitäten.

Das Buch spiegelt die Vielfalt von Wandern bis zur inhaltlichen Arbeit wieder, sei es vom Nienburger Ostermarsch von Atomwaffenlager zum Atomwaffenlager oder über die traditionellen Kohl- und Pinkeltouren.

Auch wenn es sich um eine Ortsgruppe

dreht, werden sich hier viele anderen Gliederungen in ihren vergleichbaren Aktivitäten entdecken. Das Lesebuch ist somit eine gute Schrift für alle, die sich für die Geschichte der NaturFreunde insgesamt interessieren.

Das 150-seitige Lesebuch kann unter [info@naturfreunde-nienburg.de](mailto:info@naturfreunde-nienburg.de) bzw. im Naturfreundehaus Nienburg für 10 Euro erworben werden. Gegebenenfalls kommen noch 2,55 Euro Porto hinzu.



Zum Foto (gemacht von Mitgliedern der NaturFreunde-Fotogruppe): Marco Adameck als ehemalige Leiter des Naturfreundehauses berichtet über seine ersten Schritten als Verantwortlicher einer Herberge. Britta Papenhäuser dagegen kam über die Jonglagegruppe zu den NaturFreunden und hat mit ihren Jonglagebällen bei der Flughafenkontrolle eine ganz besondere Erfahrung gemacht.

*Volker Selent*





## NaturFreunde Abendcafé Sprich mit – mach mit!

In gemütlicher Runde sprechen wir über aktuelle Themen, die den NaturFreund\*innen auf dem Herzen liegen oder gerade in den Ortsgruppen anstehen. Es kann politisch werden oder organisatorische Fragen („Wie macht ihr denn ...?“) werden von Ortsgruppe zu Ortsgruppe besprochen. Gemeinsame Aktionen können angestoßen werden oder auch alles zusammen kombiniert erfolgen.

diesem Abend werden Mitglieder des neuen Landesvorstandes und des Jugendvorstandes dabei sein. Ihr könnt sie kennenlernen, erfahren, was in den Vorständen läuft und was auf Landesebene an Aktionen geplant ist. Melde dich bei uns und du erhältst den Link für die zoom-Konferenz und wirst zukünftig direkt über weitere Termine informiert (solange du es möchtest).

**Also, schreibe eine E-Mail an uns und mach mit!**

[abendcafe@nf-nds.de](mailto:abendcafe@nf-nds.de)

*Es freuen sich Bine, Johanna & die Abendcafé-Clique*



Am 11. Juli 2022 haben sich unsere digitalen Cafétüren zum ersten Mal geöffnet – seitdem haben wir euch fast jeden Monat einmal eingeladen. Dieser Rhythmus passt nicht mehr ganz in die Zeit und das Abendcafé wird nun über den Winter sozusagen renoviert.

Am Dienstag den 25. März 2025 öffnen sich wieder die Türen um 19 Uhr gewohnt digital über zoom. Dann erfahrt ihr, wie es weitergeht und könnt auch selbst mitbestimmen, wie sich das Abendcafé entwickeln soll. An

## Rede zum 1.9.24 in Barsinghausen

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, mein Name ist Wilfried Gaum und ich bedanke mich beim DGB Barsinghausen für die Einladung, heute zu Euch an diesem wichtigen Tag reden zu dürfen. Ich bin NaturFreund und spreche für den Ortsvorstand Barsinghausen. Wir setzen uns seit über 70 Jahren ein für: globale Abrüstung, das Verbot von Rüstungsexporten, eine neue Entspannungspolitik und eine atomwaffenfreie Welt.

Ich gehöre ebenso der Religiösen Gesellschaft der Freunde an, besser bekannt unter ihrem Spitznamen „Quäker“. Wir sind eine kleine internationale Gemeinschaft, die besonders in Großbritannien, den USA und Ostafrika verankert ist. Zu unserer DNA gehört der Einsatz für Frieden. Seit 1660 „ist unser Grundsatz, und war von jeher unser Brauch, Frieden zu suchen und ihm zu folgen sowie Recht schaffenheit und das Wissen, um Gott zu pflegen, das Gute und das Wohl zu suchen und das zu tun, was zum Frieden aller beiträgt. Wir lehnen alle blutigen Prinzipien und Praktiken entschieden ab, mit allen äußeren Kriegen und Streitigkeiten und Kämpfen mit äußeren Waffen, für jeden Zweck oder unter jedem Vorwand, und dies ist unser Zeugnis vor der ganzen Welt.“ Für die Versöhnungs- und Friedenarbeit in diesem Sinne haben wir 1947 den Friedensnobelpreis bekommen. Denn wir haben es immer für einen Mythos gehalten, dass militärische Gewalt Probleme wirklich löst. Gewalt ist für uns wie der griechische Drache Hydra, dem, als Herakles ihm einen Kopf abschlug, zwei neue Köpfe nachwuchsen.



## Gegensätze, Spannungen und Energie für den Frieden

Meine Rede wird nicht Jedem oder Jeder gefallen. Ich glaube, dass gerade das Thema Frieden zu einem Denken auffordert, das Widersprüche aushält. Es geht mir um die Überwindung des angeblich ewig geltenden Eindeutigen. Es geht um unsere Fähigkeit, Gegensätze und Spannungen auszuhalten. Vielleicht können wir die Energie, die in unseren Konflikten steckt, nutzen für Wege zum Frieden.

Liebe Friedensfreundinnen, am Morgen des 8. Mai 1945 gingen in Setif, einer Stadt im damals französischen Algerien 4.000 Algerierinnen auf die Straße. Sie wollten den Sieg über die Nazidiktatur feiern, forderten die Unabhängigkeit von Frankreich. Sie hatten Väter, Onkel und Brüder im Krieg gegen den Faschismus verloren und verlangten nun, gemäß den Bestimmungen der Atlantik Charta von 1941, ihre eigene Befreiung. In dieser Charta war zwischen Roosevelt und Churchill das Selbstbestimmungsrecht der Völker als tragendes Prinzip einer zukünftigen internationalen Politik verkündet worden.

Dieselbe französische Staatsmacht, die eben erst die Nazis niedergekämpft hatte, ging an diesem Tag und in den folgenden Jahren mit Gewehren und Maschinenpistolen gegen die algerischen Freiheitskämpfer vor. Für die Algerierinnen endete dieser Krieg erst 1962 mit weit über 500.000 Toten. Dasselbe Muster sehen wir im französischen Indochina, dem niederländischen Indonesien, dem britischen Ostafrika. Nirgendwo wurde der Wunsch nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung respektiert. Die militärische Befreiung Osteuropas durch die Rote Armee von faschistischer Versklavungs- und Vernichtungspolitik bildete den Auftakt zu einer fast 50 Jahre

währenden Diktaturepoche unter der Ägide Moskaus.

Für uns im Westen Deutschlands dagegen geht am 8. Mai 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht der Krieg in Europa zu Ende. Wir feiern ihn als Tag der Befreiung, wie der Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner großen Rede vor dem Bundestag 1985 ausführte.

So ist der 8. Mai 1945 eben beides: Tag der Befreiung und aber auch Tag neuer und fortgesetzter kolonialer und diktatorischer Gewalt. Beides gilt. Für mich ergeben sich daraus zwei wichtige Gesichtspunkte. Zu einen: wir müssen damit leben, dass die Geschichte sehr oft zwei Gesichter zeigt. Wenn wir wahrhaftig bleiben wollen, müssen wir das aushalten. Zum zweiten, dass wer auf befreiende oder erlösende Gewalt setzt, am Ende nur die Gewalt, aber weder Befreiung noch Erlösung erhält.

## Friedensdividende und Rüstungsspirale

Liebe Friedensfreunde, mit dem Zusammenbruch des sowjetisch dominierten Blocks 1989/90 bestand die berechtigte Hoffnung auf einen Ausstieg aus der Rüstungsspirale. Leider hatten sich 2022 die weltweiten Rüstungsausgaben gegenüber 1998, dem Jahr mit der größten Friedensdividende, mehr als verdoppelt, auf mehr als 2.200 Milliarden US-Dollar.

Haben wir denn nichts Besseres zu tun? Fehlen diese Milliarden nicht etwa bei der Erreichung der sozialen, ökologischen und kulturellen Entwicklungsziele der UNO, die feierlich beschlossen, aber nie ausreichend mit finanziellen Mittel beglaubigt wurden? Im letzten Jahr haben wir zum ersten Mal wieder einen Anstieg der Anzahl Hungernder in der Welt. Allein im Sudan sind aktuell Hunderttausende vom Hungertod bedroht, in Gaza droht Ähn-

liches. Was für ein Versagen angesichts der Herausforderungen, vor denen die Weltgemeinschaft steht.

## Was sollten wir verteidigen? Was ist die Hauptaufgabe?

Liebe Friedensfreundinnen, in der aktuellen Diskussion über die Verteidigung geht es immer nur um militärische Aufrüstung. Sollte es nicht um die Verteidigung gegen eine ganz andere Bedrohung gehen? Das Leben auf unserem Planeten, ob Ost oder West, Nord oder Süd, ist doch tatsächlich akut bedroht.

Wollen wir denn wirklich, dass in 20 Jahren in Deutschland das Klima von Dubai herrscht? In mindestens zehn Ländern wurden in diesem Sommer 2024 an mehr als einem Ort Tagestemperaturen von über 50 Grad Celsius gemessen, wie die Weltwetterorganisation kürzlich in Genf mitteilte. Im Juli waren Hunderte Millionen Menschen von extremer Hitze betroffen.

Extremes Wetter bedeutet aber auch, dass ich im Januar dieses Jahres mit der Bahn stundenlang durch Seenlandschaften fuhr, um in München den Geburtstag meiner Frau zu feiern. Wie viele liebevoll gebauten Häuser sind da abgesoffen, wie viele Bürgermeister stehen vor zerstörten Gemeindeflächen, zerstörter Kanalisation, abgesoffenen Sporthallen?

Müssen wir nicht auch unsere Küste gegen steigende Meeresspiegel verteidigen? Wollen wir Hamburg, Bremen und große Teile unserer norddeutschen Heimat unter Wasser sehen?

Wir haben doch auch nicht vergessen, wie trocken unsere besten Böden im Calenberger Land und in der Magdeburger Börde in den vergangenen Jahren wurden, um dann in Sintfluten tagelang Regens abzusaufen.

Wir werden aber auch unsere Gesundheit verteidigen müssen, nicht nur gegen Hitze, sondern auch gegen neue



Pandemien, die der Klimawandel mit sich bringt.

Wir müssen nicht nur uns, sondern auch unsere ärmeren Nachbarn in den schlecht gedämmten Häusern und Wohnblocks, die den Hitzewellen nicht ausweichen können, schützen. Nicht sie sind es, die durch ihren Lebensstil weiter am Rad der Planetenüberhitzung drehen. Sorgen wir dafür, dass unsere Mitbürger, bei denen noch so viel Monat am Ende des Geldes übrig ist, nicht auch noch die Lasten des Klimawandels tragen müssen. Nicht sie, sondern die oberen 10 Prozent sind Verursacher dieses Klimaschlamassels. Es kann deshalb für mich nicht dabei bleiben, dass die von der FDP geführte Bundesregierung das sogenannte Klimageld auf 2027 verschoben hat.

Ich habe nicht den Eindruck, dass diese Verteidigungsaufgaben die gebührende Aufmerksamkeit genießen. Gegen die akute Bedrohung durch den Klimawandel muss auf- und nachgerüstet werden. Hier bedarf es einer Zeitenwende.

Liebe Friedensfreunde, was ich im Zusammenhang mit militärischer Aufrüstung nicht lese ist, welche ökologischen Schäden durch Kriege und Rüstung entstehen. Wäre das Militär ein Staat wie Deutschland oder die USA, dann war sein CO<sup>2</sup>-Fußabdruck schon 2019, also vor den aktuellen Kriegen, mit 2 Milliarden Tonnen an fünfter Stelle einer der größten CO<sup>2</sup>-Produzenten. Nein, der Kampf gegen die Klimakrise gehört an die Spitze der Tagesordnung.

## Kriegsfähigkeit?

Liebe Friedensfreundinnen, ich bin sehr dafür, dass Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen Nachbarn sich in diesem Sinne rüstet und verteidigungsfähig macht. Aber ich erkläre mich nicht damit einver-

standen, dass Deutschland „kriegstüchtig“ gemacht werden soll. Denn für mich gibt es einen erheblichen Unterschied zwischen Kriegs- und Verteidigungsfähigkeit.

Kriegsfähigkeit, das beinhaltet immer beides: Fähigkeit zur Verteidigung und Fähigkeit zum Angriff. Ein Land kann verteidigungsfähig und – bereit sein, ohne angriffsfähig zu sein. Diese Differenzierung war jahrzehntelang die Logik hinter all den Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen zwischen den Supermächten und darüber hinaus. Wer aber verteidigungsbereit und angriffsfähig sein will, der ist auch zur militärischen Aggression bereit. Ich möchte nicht, dass unser Land ein anderes angreift.

Ich habe für diesen Wunsch eine starke Verbündete: unsere Verfassung. Sowohl aus ihrer Präambel als auch aus Art. 25 und 26 unseres Grundgesetzes ergibt sich für Deutschland eine Verpflichtung, auf Frieden in der Welt hinzuwirken sowie ein Verbot von Angriffskriegen.

Bei all den Reden über Kriegsfähigkeit frage ich mich: welche Bilder gehen den Verantwortlichen da durch den Kopf?

Sind es wirklich diese schrecklichen Bilder aus Hiroshima und Nagasaki, aus Aleppo, aus Mariupol, jetzt aus Gaza und Nordisrael bzw. Libanon? Mir jedenfalls läuft ein Schauer über den Rücken, wenn ich im hannöverschen Rathaus das große, schreckliche Modell vom zerbombten Hannover 1945 sehe, wenn ich Bilder aus Gaza sehe, wo kein Haus heil geblieben ist. Und was ist mit all den Menschen, die dort einmal gewohnt haben?

Ich habe von einem israelischen Offizier, der in Gaza eingesetzt war und in Hannover referierte, gelernt, dass in Gaza auf einen toten Soldaten drei Zivilisten kämen. Das sei eine gute Quote, wenn man bedächte, dass in

militärischen Konflikten sonst durchschnittlich auf einen toten Soldaten sieben tote Zivilisten gerechnet werden. Ich hoffe, dass verantwortliche Politiker auf ihre Familien blicken und einfach einmal zählen lernen. Wie viele von meinen Liebsten werden sterben für jeden Soldaten?

Ein letztes zu diesem Thema: warum wird nicht ernsthaft über eine andere Variante der Verteidigung diskutiert, nämlich die soziale Verteidigung? Wollen wir Territorien verteidigen oder Menschen? Wenn es uns um Menschen geht, dann kann eine militärische Aggression auch mit der absoluten Verweigerung jeder Kooperation beantwortet werden, durch flächendeckende Streiks. Der Aggressor mag das Land besetzen, aber er wird es nicht beherrschen. Man mag skeptisch sein, ob das funktioniert, eines jedenfalls wäre sicher: weder der Faktor 1:3 noch der 1:7 würde greifen. Nur Lebende können Widerstand leisten.

## Eskalationslogik

Liebe Friedensfreundinnen, immer geht es in kriegerischen Konflikten darum, wer „Schuld“ hat und weshalb es dann gerecht und geboten ist, „sich zu wehren.“ Erstens: alle Konfliktparteien behaupten stets von sich, sie würden sich „nur verteidigen.“ Diese Rechnung kann nicht stimmen. Zum zweiten: alle Konfliktparteien behaupten stets, dass immer der Andere Schuld an der Eskalation und Gewalt sei. Der Altbundespräsident Gustav Heinemann hat dazu einmal gesagt, dass, wenn man mit einem Finger auf Andere zeigt, vier Finger in die eigene Richtung weisen. Das scheint mir auch auf die derzeitige Aufrüstungsdebatte zuzutreffen.

Um das zu prüfen, habe ich mir die Chronologie der derzeitigen Rüstungspirale angeschaut: Ende 2001 kündigen die USA den



ABM-Vertrag über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen. Mit der Begründung, Mittelstreckenraketen in Polen und später Rumänien zu stationieren, kündigen sie an, der neuen Bedrohungslage nach 9/11 gerecht werden zu wollen. Es gehe also gegen den Iran und andere „Schurkenstaaten“. Natürlich können auch russische Militärs rechnen und sehen, dass diese Raketen problemlos auf Angriff programmiert werden können und Reichweiten haben, die russische Großstädte wie Moskau einbeziehen.

Ja, Russland kündigt daraufhin an, Iskander Raketen im Gebiet Kaliningrad zu stationieren. Aber noch gilt die Logik des Doppelbeschlusses: Die Schlagzeile des „Berliner Tagesspiegel“ vom 13. November 2013 lautet nämlich: „Russland schlägt Null-Lösung für Raketenstationierung vor.“ Darauf gehen die USA allerdings nicht ein.

Ja, Russland hat dann den Vertrag über konventionelle Streitkräfte ausgesetzt. Die Rüstungs- und Abschreckungsspirale beginnt sich zu drehen.

Brigadegeneral a.D. Helmut Richter führte zum jüngsten Stationierungsbeschluss aus, dass die USA ihre Stationierung bereits 2021, also vor dem Angriffskrieg auf die Ukraine, beschlossen und eine Taskforce für Führung und Einsatz dieser Systeme aktiviert hat.

Aus dem gegenseitigen Mißtrauen resultiert so der Rückzug aus einer Strategie gemeinsamer Sicherheit, die allein einem so dicht bevölkerten Kontinent wie Europa angemessen ist.

Nein, wir müssen aus der Logik der Eskalation aussteigen.

## Afghanistan, Irak, Libyen: Der Mythos befreiender und erlösender Gewalt

Liebe Friedensfreundin, schauen wir uns einmal an, wie erfolgreich die militärische Gewalt in der wirklichen Wirklichkeit ist. Bringt mi-

litärische Intervention und Gewalt am Ende des Tages Frieden, Demokratie, zivile Entwicklung oder wenigstens die Eindämmung oder Beseitigung illegitimer Gewaltherrschaft? Ich werde da nicht fündig:

Die militärische Intervention der Sowjetunion zwischen 1979 und 1989, der „Krieg gegen den Terror“ der USA und der NATO in Afghanistan zwischen 2001 und 2023, der 2. und 3. Irakkrieg der USA und Großbritanniens, die Bombardierung Libyens 2011: stehen neben zehntausenden von toten Soldaten und Millionen von toten Zivilisten am Ende nicht „failed states“ oder islamistische Steinzeitdiktaturen wie in Afghanistan?

Auf diesem Boden gedeiht dann die Saat für die schrecklichen Gräueltaten des Islamischen Staates, der bis heute nicht besiegt, sondern in Syrien und Nordafrika sogar sehr präsent ist. Erinnern wir uns noch der 140 Toten, die ein IS-Kommando bei einem Rockkonzert in Moskau erst vor Kurzem ermordete? Die Toten von Solingen gehen ebenfalls auf das Konto des IS.

In Libyen gab es ein katastrophales Zusammenspiel von Klimawandel und Krieg: wegen der militärischen Kämpfe ist das Land gegen die sich verstärkenden Hurricanes im Mittelmeer mittlerweile schutzlos. So brachen die maroden und nicht mehr gepflegten Deiche nach Starkregen und 6000 Menschen kamen in der Küstenstadt Dera um.

Nein, liebe Freundinnen, militärischer „regime change“ funktioniert nicht, weder in Afghanistan, noch dem Irak oder Libyen.

## Russlands Angriff auf die Ukraine

Und er funktioniert auch aktuell in der Ukraine nicht. Russland hat seine Kriegsziele nicht erreicht. Es hat die Regierung Selenskyj nicht stürzen, den

Widerstandswillen in der ukrainischen Bevölkerung nicht brechen können. Es hat nach mehr als zwei Jahren nicht einmal die östlichen Rayons der Ukraine vollständig unter Kontrolle. Es hat im Gegenteil jetzt bei Kursk ukrainische Streitkräfte auf russischem Territorium stehen. International hat eine überwältigende Mehrheit der Staaten und Völker den Angriff verurteilt. Die NATO hat zwei neue Mitglieder, mit Finnland jetzt sogar 1200 km mit direkter Grenzberührung zur Russischen Föderation. Für Russland ist das doch wohl keine Erfolgsbilanz.

Liebe Friedensfreundinnen, für mich als Juristen ist es keine Frage: auch im Verkehr zwischen den Völkern und Staaten gilt der völkerrechtliche Grundsatz „pacta sunt servanda“, Verträge sind einzuhalten. Und dies hat Russland eindeutig nicht getan, als es die Ukraine überfiel. Die Grenzen der beiden Staaten waren mit der Auflösung der Sowjetunion garantiert und in den Minsker Verträgen ebenfalls bestätigt worden. Zudem sollten diese einen Bürgerkrieg in der Ukraine beenden. Fatal ist nur, dass diese Minsker Verträge von keiner Seite eingehalten worden sind. Frau Merkel sagte dazu laut Handelsblatt vom 20. Januar 2023: „Das Minsker Abkommen war der Versuch, der Ukraine Zeit zu geben. Sie hat diese Zeit auch genutzt, wie man heute sieht.“ Eine solche taktische Herangehensweise aber schafft auf keiner Seite Vertrauen und ist deshalb keine Grundlage für Frieden und Entspannung.

An dieser Stelle sei aber auch gesagt: wenn völkerrechtliche Verträge nicht mehr gelten, dann gilt nichts mehr. Deshalb ist die oft gehörte Position, Russland reagiere „nur“ auf die NATO-Osterweiterung, in meinen Augen falsch. Richtig ist, dass nicht Russland an die NATO herangerobbt ist. Aber: Russland mag dieses Vorrücken eines westlich geprägten, von der Super-





macht USA geführten Bündnisses als Sicherheitsrisiko und Provokation empfinden. Das gibt ihm aber kein Recht, dem Nachbarn die Haustür einzutreten, das Wohnzimmer zu besetzen, die Nachbarskinder zwangsweise zu adoptieren und den Wechsel des Hauptmieters zu verlangen.

Andererseits: was hat der Westen erreicht? Russland ist nicht „ruiniert“, wie es sich Frau Baerbock wünschte. Es ist im Westen geächtet, aber international nicht isoliert. Es verkauft Energie nach wie vor und teurer, zum Teil über den Umweg Indiens, an die Welt, auch an EU-Staaten. Russland hat in kurzer Zeit eine funktionierende Kriegswirtschaft organisiert. Es scheint so zu sein, dass eine Mehrheit der Russinnen und Russen der Propaganda der Putin-Administration folgt.

Kein „regime change“ ist in Sicht. Keiner hat erreicht, was er erreichen wollte. Und dafür: tausende Tote auf beiden Seiten, eine terrorisierte ukrainische Bevölkerung in durch mit infam abgefeuerten Gleitbomben zerstörten Städten, mit zerstörter Infrastruktur, an westliche Inverstoren verkauft Land und brach liegende industriellen Kapazitäten, eine Verschuldung bis zum Anschlag.

Ich halte es deshalb für fatal, dass nahezu jeder politische Ansatz, den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine mit einem Waffenstillstand einzufrieren oder für Verhandlungen einzutreten, niedergedredet und diffamiert wird. Nein, wir müssen für ein sofortiges Ende des Ausblutens der ukrainischen Bevölkerung, für ein sofortiges Ende der Zerstörung ihrer Städte und Dörfer und gegen die Auslöschung einer lebenswerten Zukunft dort eintreten. Das wird nicht erreicht, wenn beide Seiten Maximalforderungen zur Voraussetzung für Friedensverhandlungen machen.

Wir müssen doch fragen: wie anders als auf dem Weg des Friedens kann für

die Ukraine eine demokratische und zivile Weiterentwicklung gesichert werden? Dafür ist ein Ende des Gemetzels notwendig, auch auf russischem Boden.

Wie kann unser Beitrag aussehen? Ich bin dafür, die ukrainische Zivilgesellschaft zu stärken. Es gibt kleine Gruppen von ukrainischen Gewerkschafterinnen, die in all dem Kriegsgeschehen ihre Rechte und ihre Würde als Arbeiterinnen verteidigen und auf diese Weise zur Demokratie in der Ukraine beitragen. Unterstützen können wir sie auch hier in der Region Hannover. Sprecht mich gerne darauf an.

## Israel: Vergeblichkeit militärischer Stärke und Abschreckung

Liebe Friedensfreund:innen, ich möchte auch einen zweiten aktuellen Konflikttherd im Nahen Osten mit in den Blick nehmen.

Nach Jahrhunderten der Diskriminierung und Verfolgung, nach der Shoah, war der Gedanke plausibel, dass nur ein eigener, wehrhafter Staat den Jüdinnen und Juden Sicherheit geben könne. Zumal auch nach 1945 Juden aus Osteuropa und aus den arabischen Ländern großteils gewaltsam vertrieben wurden und sie ihre Heimat und ihr Eigentum nach Jahrhunderten der Koexistenz mit ihren arabischen Nachbarn aufgeben mussten. Dies betraf fast eine Million Juden. Israel versprach sich von seiner militanten Wehrhaftigkeit endlich den Schutz, den Europa und die Welt den Juden nicht hatten geben können oder wollen.

Das Leid der Juden löscht aber das Leid der Palästinenser nicht aus: Shoah und Nakba dürfen wir nicht gegeneinander aufrechnen, sonst heilen diese Wunden nie. Wir müssen heraus aus dem Hamsterrad gegenseitigen Aufrech-

Die absolute Priorität, die Israel seiner Sicherheit als Staat und seinen Menschen gegeben hat, ist in mehrerlei Hinsicht nicht eingehalten worden. Israel und seine Menschen sind nicht sicher. All die militärischen Interventionen in Gaza - 2008, 2009, Anfang 2022 - haben jedes Mal Tausende von toten Palästinensern und toten Israelis gebracht, Frieden und Sicherheit aber nicht. Hat all die Gewalt den 7. Oktober verhindert, dieses hasserfüllte Massaker an jüdischen Menschen, die uns als Kibbuzniks und Friedensfreunde nahestehen? Die beunruhigende Erkenntnis muss doch sein: an diesem Morgen des 7. Oktober ist die militärische Abschreckung durch Israel gescheitert. Die offenbare Unfähigkeit oder der Unwillen der israelischen Regierung, die Geiseln der Hamas in Gaza zu befreien, zeigt ein weiteres Mal, dass das Sicherheitsversprechen Israels für seine Bürgerinnen und Bürger gebrochen worden ist.

Mit der seit zehn Monaten andauernden militärischer Gewalt erreicht die israelische Regierung die selbst gesetzten Zielen nicht. Die Hamas feuert immer noch Raketen auf Israel, belegt immer noch die ausgebauten Tunnel-systeme mit ihren Kämpfern. Immer noch vegetieren Dutzende israelische Geiseln in Gaza und hoffen – vielleicht vergeblich – auf Befreiung. 200.000 Israelis mussten aus dem Norden des Landes evakuiert werden. Das Land ist weiterhin dem eskalierenden Beschuss durch die Hisbollah, Huthi und Hamas ausgesetzt.

Sicherheit gibt es auch im besetzten Westjordanland nicht. Wir hören regelmäßig von Feuergefechten zwischen israelischer Armee und palästinensischen Militanten. Politisch gibt es Zustimmungsraten von bis zu 70 Prozent für die Hamas. Der geduldete bis beförderte Terror radikaler jüdischer Siedler gegen Palästinenser und Beduinen wird auch nicht zur Befriedung



beitragen. Ich bekomme jede Woche erschütternde Berichte von Erella, einer alten jüdischen Kibbuznik, die sich im Süden der Westbank um die angeschossenen, vertriebenen, geschlagenen, wirtschaftlich vernichteten arabischen Menschen kümmert.

Nein, die Angriffe auf die Menschen in Israel, die Angriffe auf die Bevölkerung in Gaza und im Westjordanland müssen aufhören, sofort! Zum Frieden wird ein steiniger Weg einzuschlagen sein. Ich war zuletzt im Herbst 2023 in Israel und dem Westjordanland. Nach meiner Überzeugung ist es der erste unabdingbare Schritt, dass israelische und palästinensische Menschen sich gegenseitig überhaupt erst einmal als Menschen wahrnehmen und ihre jeweils unterschiedlichen Perspektiven respektieren lernen. Auch hier wird man Ambivalenzen aushalten müssen. Aber so ist die Welt.

Langer Rede kurzer Sinn: auch militärische Gewalt, die Sicherheit herstellen und Abschreckung garantieren will, kann dies eben nicht.

## Stationierung neuer Mittelstreckenraketen

Am 10. Juli veröffentlichte das Weiße Haus eine Erklärung, mit der die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland ab 2026 angekündigt wird.

Diese Mittelstreckenraketen, insbesondere die geplanten Hyperschallraketen, können auch als Angriffswaffen eingesetzt werden. Und sie können mit Nuklearsprengköpfen ausgestattet werden. Sie sollen nicht etwa an der Ostflanke der NATO stationiert werden, sondern nur in Deutschland. Damit wird dieses Land unweigerlich zum Ziel eines der nach russischen Militärdoktrin möglichen atomaren Gegenschlages. Frau Baerbock sagt, wir sollten keine übertrieben Angst vor einem Atomkrieg haben. Ich jedenfalls habe

Angst vor einem Atomkrieg, wenn auch noch keine übertriebene, weil ich auf eine politische Wendung zum Guten hoffe.

Wie wise der deutsche Staatsmann, der 1961 sagte:

„Landgestützte Raketen gehören nach Alaska, Labrador, Grönland oder in die Wüsten Libyens oder Vorderasiens, keineswegs aber in dicht besiedelte Gebiete, sie sind Anziehungspunkte für die nuklearen Raketen des Gegners. Alles, was Feuer auf sich zieht, ist für Staaten mit hoher Bevölkerungsdichte oder kleiner Fläche unerwünscht.“ Dieser Mann war der Verteidigungsexperte der SPD und spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt. 1979 hat seine Weisheit leider etwas gelitten.

Wir wissen aus der Zeit des Kalten Krieges, wie oft der Einsatz von Atomwaffen am seidenen Faden hing.

Liebe Friedensfreundinnen, dieser Stationierungsbeschluss fällt noch hinter die Position der NATO von 1979 zurück.

Erstens handelte es sich damals um einen **Doppelbeschluss**, der **sowohl** Aufrüstung mit Pershing-Raketen und Marschflugkörpern **vorsah** als auch Verhandlungen vorschlug. Davon ist nun nicht die Rede.

Es fehlt also ein Angebot zu Abrüstung und zu Verhandlungen, um gegenseitige Sicherheit herzustellen. Ein Telefonat zwischen dem US-amerikanischen und russischen Verteidigungsminister um den 10. Juli kann ein solches Angebot doch wirklich nicht ersetzen!

Zum zweiten aber sollen die Raketen allein auf deutschem Boden aufgestellt werden, auch das war 1979 anders.

Ich bin deshalb ausgesprochen dankbar, dass mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich, Staatssekretär a.D. Gernot Erler, Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Peter Brandt und Klaus von Dohnanyi prominente Sozialdemokraten ihre Zweifel bzw. ihre

Ablehnung der Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen zum Ausdruck gebracht haben. Ich hoffe auf die Vernunft vieler weiterer Sozialdemokraten.

Laßt uns diese Initiative unterstützen. Lasst uns Briefe an unsere Bundestagsabgeordneten wie den Naturfreund Matthias Miersch schreiben, lasst uns widersprechen durch Resolutionen und Beschlüsse Eurer Organisationen. Die Stimmen des Widerspruchs müssen sich laut und deutlich bemerkbar machen.

## Perspektiven:

Liebe Friedensfreunde, ich möchte über mögliche Perspektiven sprechen.

Eine erste Konsequenz für mich ist, dass in die politische Diskussion über unsere Außenpolitik Ehrlichkeit einkehren muss, dass wir zugestehen müssen, dass das Konzept der Herstellung von Sicherheit durch Aufrüstung trügerisch ist. Für mich steht fest: die absolute Priorität von Verhandlungen über Sicherheit und Frieden muss wiederhergestellt werden, und zwar auch im Verhältnis zu Russland. Sein Präsident Putin wird häufig in psychologisch abwertenden Kategorien beschrieben, bisweilen auch als Terrorist.

Ich erinnere mich dann immer an das Friedensabkommen zwischen Israel und Ägypten. Es wurde auf israelischer Seite von Menachem Begin unterzeichnet, der bis 1948 der Terrororganisation Irgun angehörte. Diese Truppe sprengte in Jerusalem das King David Hotel mit über 70 Toten und war auch für das Massaker in Deir Yasin mit über 100 arabischen Toten verantwortlich. Menschen können sich ändern.

Eine unabhängige Ukraine gilt für die gegenwärtige russische Regierung als Gefahr für die Einheit der imaginierten großrussischen Zivilisation und die darauf begründete Weltmachtrolle. Aber



das „great game“ hat ja auch andere imperiale Mitspieler, die wie die USA von ihrer alten Hegemonie nicht lassen oder wie China von einer neuen Hegemonie träumen. Ich beobachte, daß mit dem Anspruch, Demokratie und Menschenrechte zu vertreten, sehr selektiv umgegangen wird: sind die Todesurteile in Saudi-Arabien besser als die im Iran, weil die Saudis unseren Energiehunger befriedigen?

Fakt ist: Russland wird nicht von der Landkarte verschwinden. Ohne die Einbeziehung Russlands wird es keine belastbare kooperative Sicherheitsarchitektur in Europa geben. Und ich glaube immer noch, dass das Konzept der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit auf beiden Seiten eine Zukunft haben kann. Dieses Konzept muss wieder versucht und wiederbelebt werden.

Alles andere als eine diplomatische Lösung wird uns auf Dauer nicht weiterhelfen. Als ehrliche Makler könnten Indien, Brasilien und andere BRICS-Staaten in Frage kommen.

Die Organisation, die dafür eine Plattform sein könnte, ist die „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE). Sie wurde 1984 gegründet und leistete zunächst erfolgreiche Arbeit bei Rüstungskontrolle und gemeinsamen Friedensmissionen. Die OSZE ist seit 2004 in der Krise. Das Misstrauen zwischen USA und NATO auf der einen, Russland auf der anderen Seite wuchs stetig. Leider ist es auch Russland, das die Arbeit der OSZE blockiert, Zahlungen nicht leistet und Personalentscheidungen verzögert. Die OSZE ist also zur Zeit gelähmt, aber eben nicht tot. Sie kann aus ihrem komatösen Zustand erweckt werden.

Auch dies wird ein langer, steiniger Weg, auf dem Vertrauen und wechselseitige Sicherheit langsam wieder aufgebaut werden müssen. Aber ich bin gut 31 Jahre meines Lebens im Kalten Krieg mit einer fast undurchdringbaren Mauer durch Deutschland groß gewor-

den. Sie fiel 1989. Wie oft in dieser Zeit aber stand die Welt bis dahin vor dem atomaren Armageddon?

An einem Sonntagmorgen, am 22. Juni 1969 zitterten in unserer Wohnung die



Die Grauen des Kriegs festgehalten im Bild von Picasso (Originaltafeln in Guernica)

Fensterscheiben aufgrund einer heftigen Explosion. Bei einem raschen Blick aus dem Fenster sah ich über Hannover eine Pilzwolke aufsteigen und rief meiner Mutter zu, sie solle sich sofort auf den Boden legen. Was war geschehen? Im Lindener Bahnhof war ein mit Granaten beladener Güterwaggon explodiert, dabei sind 12 Menschen ums Leben gekommen. Ich dachte, es sei der Beginn des Atomkriegs. Das war die Stimmung und nicht nur meine 1969 und bis weit danach.

Bis dann der KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow ab 1986 den Weg freimachte für eine Dekade der Abrüstung und Kooperation. Ich denke, wir haben keine andere friedliche Alternative. Diese Vertrauensbildung beginnt, wie in den 1960er Jahren mit kulturellem Austausch, mit Begegnung, mit Dialog, auch wenn es schwerfällt. Aber tat es das damals nicht auch?

## Es gibt keinen Weg zum Frieden außer durch Frieden

Ich möchte meine Ausführungen mit einer kleinen Geschichte beenden, die

ich in der Zeitung „der Freitag“ gelesen habe. Sie ist überschrieben: „Der beste Ort in dieser Zeit“ und handelt von der kleinen Siedlung Wahat al-Salam bzw. Neve Shalom, was auf Deutsch „Oase

des Friedens“ bedeutet. Seit 1970 leben hier eine Stunde von Tel Aviv entfernt 70 arabische und jüdische Familien zusammen, arbeiten zusammen, feiern zusammen, lassen ihre Kinder gemeinsam zur Grundschule gehen und bieten Friedenspädagogik-Kurse an. Das alles findet bilingual, binationally, interkulturell und interreligiös statt. 65.000 Juden und Araber haben an den Kursen teilgenommen. Und das Schöne ist: all das funktioniert auch nach dem 7. Oktober! Was für ein Segen! Was für eine Ermutigung, genau diesen Weg zu gehen! Solche Projekte gibt es zuhauf, und auch wir in Barsinghausen sollten solche Verständigungen fördern. Wir Naturfreunde könnten Hilfestellung dabei leisten!

Es gibt keinen Weg zum Frieden außer durch Frieden!

In diesem Sinne: Shalom, Salaam, Mir miru, Peace, Frieden!

*Wilfried Gaum*